

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

28.5.1849 (No. 13)

Karlsruher Zeitung.

Organ des Landesausschusses.

Montag, 28. Mai.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufsgebühren: die gestaltene Beilage oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Nr. 13.

Des Pfingstfestes wegen erscheint morgen kein Blatt der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Im Namen des regierenden Landesausschusses

an das Ministerium des Innern, resp. an das Ministerium des Krieges.

In der heutigen Sitzung der Wehrkommission, welche wir aus den Mitgliedern des Landesausschusses Brentano, Peter, Struve und Sigel mit der unumschränkten Vollmacht, alle diejenigen Anordnungen zu treffen, welche die außerordentliche Lage des Vaterlandes erfordert, gewählt haben, wurden nachstehende Beschlüsse gefaßt:

- 1) Major Sigel wird zum Oberbefehlshaber der Redarmerie und sämtlicher badischen Truppen, sowohl der Volkswehr als des stehenden Heeres, mit unumschränkter Vollmacht ernannt;
- 2) Oberst Eichfeld wird zum Kommandeur des Leibregiments ernannt;
- 3) Reichstags-Abgeordneter Naveaux wird als Zivilkommissar dem Oberbefehlshaber Sigel beigegeben;
- 4) Der Reichstags-Abgeordnete Julius Fröbel wird zum Bevollmächtigten des badischen Volkes bei dem Landesauschuß von Rheinbayern ernannt;
- 5) Hauptmann Meyerhofer wird zum Stellvertreter des Kriegsministers hier selbst ernannt.

Die erforderlichen Vollmachten sind sofort auszustellen, und von den Mitgliedern der Wehrkommission zu unterzeichnen.

Wir theilen Ihnen diese Beschlüsse zur Nachricht mit dem Anhang mit, daß den Betreffenden von diesen Beschlüssen bereits die erforderlichen Zufertigungen erteilt worden sind.
Karlsruhe, den 25. Mai 1849.

J. Fichter. K. Degen. H. Hoff. E. Heibaut. Harbo. G. Struve. Peter. Brentano. Stark. vdt. Haas.

Kriegsministerium.

B e f e h l.

Auf Anordnung des Landesausschusses werden hiedurch:

- 1) die ordentlichen und außerordentlichen Staatssteuerbeiträge der Offiziere und Kriegsbeamten, so wie die Beiträge derselben zur Militär-Wittwenkasse vom 1. dieses Monats an für aufgehoben erklärt;
- 2) sämtliche Militärkassen und die Militär-Wittwenkasse angewiesen, die für den laufenden Monat bereits erhobenen Staatssteuer- und beziehungsweise Wittwenkassen-Beiträge an die Betreffenden zurückzubehalten;
- 3) sämtliche neu ernannte Offiziere und Kriegsbeamten erhalten vom Tage ihrer Ernennung an den Betrag der vollen Gagen und sonstigen Bezüge ohne irgend einen Abzug für die Steuer- und für die Militär-Wittwenkasse;
- 4) durch ein Landesgesetz wird für die Wittwen und Waisen der sämtlichen Militärpersonen in gleicher Weise wie bisher fürsorgliche Anordnung getroffen werden.

Karlsruhe, den 26. Mai 1849.
Der Kriegsminister-Stellvertreter:
Meyerhofer, Hptm.

Die deutsche Nationalversammlung an das deutsche Volk.

Die Nationalversammlung fühlt sich gedrungen, an das Volk, von dem sie gewählt ist, das sie in seinen wichtigsten Angelegenheiten zu vertreten hat, sich zu wenden, es über die neueste Stellung aufzuklären, welche es eingenommen hat. Diese Stellung ist eine so schwierige geworden, daß es wohl das Ansehen gewinnen könnte, als stünde die verfassunggebende Versammlung ihrer Auflösung nahe, als müßte eben daher das von ihr mühsam durchgeführte Verfassungswerk in Scherben gehen, als sollte die deutsche Volkserhebung kläglich untergehen. Die Schwierigkeiten, welche sich vor uns aufthürmen, kommen theils von außen, durch den Widerstand der mächtigsten Einzelstaaten, und der von uns selbst geschaffenen Zentralgewalt gegen die Durchführung der Reichsverfassung, theils aber und zumeist noch aus unserer Mitte durch massenhaften Austritt der Abgeordneten, welche der Abberufung ihrer Regierung folgen zu müssen glaubten, oder welche an der Fortwirkung der Nationalversammlung verzweifelten. Diesen Hindernissen zum Trotz behaupten wir noch immer unsere Rechte und halten fest an unserer Pflicht. Wir setzen der Ungunst der Verhältnisse die Zähigkeit entgegen, welche schon oft zum Siege geführt hat. Den Regierungen, deren Staatsweisheit im vorigen Jahre

so machtlos, so gänzlich erstarrt war, daß sie jene 17 Vertrauensmänner aus dem Volke dem Bundestage zu Hilfe schicken mußten, und welche, nachdem sie wieder die Oberhand haben, uns nicht bloß die Vereinbarung, sondern die Otkroyirung in Aussicht stellen, halten wir thatsächlich anerkannten Grundfag der Nationalsoveränität entgegen. Wir lehnen uns an diejenigen, wenn auch minder mächtigen Staaten und deren Bevölkerung an, welche die Reichsverfassung anerkannt haben. Die neuesten Erfahrungen haben schlagend bewiesen, daß aus einer solchen Vereinbarung von 39 Regierungen unter sich und der Nationalversammlung, dazu noch mit allen Landesversammlungen niemals eine Reichsverfassung hervorgehen könnte, und daß die Nationalversammlung gegen ihre eigene Neigung das Verfassungswerk in der Hand behalten muß, wenn es überhaupt zu Stande kommen soll. Die Nationalversammlung hat beschlossen, sofort und wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürsten einen Reichstatthalter zu wählen; damit glaubte man der Zeit des Uebergangs und dem Sinne der Versammlung selbst am nächsten zu entsprechen. Endlich hat der massenhafte Austritt der Abgeordneten Veranlassung gegeben, die beschlußfähige Anzahl von 150 auf 100 Mitglieder herabzusetzen, damit nicht die letzten Bande der deutschen Volkseinheit reißen, und damit jedenfalls noch ein Kern bliebe, dem sich neue Vertreter anschließen können. Noch befinden sich in der Paulskirche Vertreter aus allen deutschen Staaten, und gerade die Staaten sind noch am meisten vertreten, deren Abgeordneten zurückgerufen worden sind: Preußen, Oesterreich, und Sachsen. Eine bedeutende Zahl von Mitgliedern, welche abwesend sind, ist einberufen und die Stellvertreter der ausgetretenen Mitglieder sind einberufen. Wir gebeten auch mit dieser kleinen Zahl unsere Aufgabe zu vollbringen, und werden die Vollmachten, welche wir vom deutschen Volke empfangen haben, nur in die Hand des Reichstags niederlegen, welcher am 15. Juni nach dem von der Nationalversammlung beschlossenen Wahlgesetze gewählt werden soll. Wir nehmen in diesem verhängnißvollen Augenblicke die Mitwirkung des ganzen deutschen Volkes in Anspruch; wir fordern zu keinem Friedensbruch auf, wir wollen keinen Bürgerkrieg; aber es ist nötig, daß das Volk wehrhaft da stehe, um wenn sein Anrecht auf eine Verfassung, und wenn seine Freiheit bedroht ist, oder wenn ihm eine nicht von seinen Vertretern beschlossene Verfassung mit Gewalt aufgedrungen werden soll, um diesem ungerechten Angriffe entgegen zu treten. Wir erachten zu diesem Zwecke für nötig, daß in allen Staaten die Volkswehr beschleunigt, und mit ihr das stehende Heer verbunden werde; außerdem halten wir dafür, daß durch Nachwahlen unsere Versammlung vollständig gemacht werde. Wir hegen das beste Vertrauen, daß nimmer nach einer otkroyirten Verfassung, sondern nach der, welche die verfassunggebende Reichsversammlung geschlossen hat, die Wahlen für den Reichstag vorgenommen werden, und daß, wenn der Wahltag da ist, in ganz Deutschland das Wahlrecht ausgeübt werde.

Deutschland.

© Karlsruhe, 27. Mai. Wir theilen die Baden betreffende Interpellation des Abg. Becker in der zweiten württembergischen Kammer mit, welche lehrreich und interessant genug ist, um auch in weiteren Kreisen Aufmerksamkeit zu erregen:

Als vor wenigen Wochen die erste Truppenbewegung in Württemberg kund wurde, versäumte die Fünftehnerkommission nicht, sich nach der Ursache dieser Bewegung zu erkundigen. Es wurde ihr eröffnet, es handle sich darum, die prärente Mannschafft auf das Land hinauszulegen, um in den Kasernen der Garnisonsstädte Raum für die neu einzuberufende Mannschafft zu erhalten. Hierbei beruhigte sich die Fünftehnerkommission. Als auf den Grund der Vorgänge in Baden der in diesem Saale schon einmal besprochene Befehl des Reichskriegsministeriums erschien, wurden unsere Besorgnisse von dem Ministerium dadurch beschwichtigt, daß die Staatsregierung erklärte, so wie dieser Befehl jetzt liege, werde sie ihm keine unmittelbare Folge geben, sondern neue Weisungen von Seiten des Reichskriegsministeriums abwarten. Indessen nahmen die Truppenbewegungen in Württemberg in einem Maße zu, daß jetzt dem Vernehmen nach die Mehrheit der württembergischen Truppen im Vorschreiten gegen die badische Gränze begriffen ist. Sehen wir diese Dislokation der Truppen auch nur von Seiten der Kosten an, die sie dem Lande verursacht, so drängt sich natürlich die Frage auf, auf wessen Verantwortung nun diese Kosten gehen. Der erste Anstoß zu dieser Truppenbewegung ging nicht von dem württembergischen Ministerium, sondern dem Reichskriegsministerium aus; indessen erklärte die Regierung, dem Reichskriegsministerium keine weitere Folge geben, sondern einen neuen Befehl abwarten zu wollen. Wir wissen nicht, ob eine solche neue Weisung inzwischen erschienen, allein Das wissen wir, daß einer Weisung des gegen-

wärtigen Reichskriegsministeriums von unserer Regierung schwerlich Folge zu geben seyn dürfte. Nach unserer Ansicht leitet die Zentralgewalt ihre Macht lediglich von der Nationalversammlung ab, dies hat sie jedoch geleugnet. Dieselbe gründet ihre Befugniß auf die Erbschaft des deutschen Bundes und hat demgemäß gedroht, auch wenn die Nationalversammlung nicht mehr seyn werde, diese Befugniß kraft der Rechte des deutschen Bundes in die Hände des Königs von Preußen niederlegen zu wollen. Noch besteht dieses Reichskriegsministerium, und diesem kann unsere Regierung, kann dieser Faktor der Gesetzgebung nach meiner Ueberzeugung keine Folge leisten. Gleichwohl nehmen die Truppenbewegungen zu, und dies veranlaßt mich nun zu der ersten Frage an den Chef des Kriegsministeriums, auf wessen Verantwortung die gegenwärtigen Truppenbewegungen in Württemberg vor sich gehen. Ich kann nicht umhin, auch die materielle und politische Seite dieser Bewegungen zu beleuchten. Mir ist gesagt worden, daß die württembergischen Truppen nach einem gemeinschaftlichen Operationsplan in Verbindung mit preussischen und bayrischen Truppen in Baden einrücken sollen. Es soll ein Korps, aus Preußen und Hessen bestehend, im Norden von Baden, das württembergische Kontingent in der Mitte desselben und ein bayrisches Korps, das über Ulm durch das Oberland zu marschiren hätte, in den Seekreis von Baden einrücken. Eine solche Operation aber würde der bisherigen Stellung Württemberg zur Nationalversammlung und zum Reich geradezu widersprechen. Gerne gebe ich zu, daß die preussische und die bayrische Regierung in diesem Augenblicke nicht als Bundesgenossen erscheinen können. Ist es Preußen mit dem Plan der otkroyirten Verfassung, worin ich aber mehr ein Stratagem zu sehen glaube, um im Lager des Reichs eine Spaltung zu erregen, Ernst, so wird sich allerdings Bayern widersetzen, allein ich glaube nicht, daß Preußen diesen Plan gegenüber von den übrigen Dynastien durchführen würde. Ich glaube nicht, daß in einer otkroyirten Verfassung, die von Berlin ausgeht, die übrigen deutschen Dynastien sich einigen werden. Wohl aber glaube ich, daß sie einig werden in der Restauration des alten Rechtszustandes, den sie seit einem Jahre im Grunde Alle anstreben. Ist diese Auffassung richtig, so droht aus einer gemeinschaftlichen Bewegung Preußens und Bayerns gegen Baden nicht nur letzterem selbst die größte Gefahr, sondern es droht dieselbe Gefahr jedem Reichsgebiet, und es würde das eigene Interesse Württemberg, es würde die Ehre Württemberg, welches das Prinzip der Nationalsoveränität mit Gut und Blut aufrecht zu erhalten versprochen hat, die Ehre der Regierung und dieser Kammer auf dem Spiele stehen, wenn wir uns jetzt mit den Reichsfeinden in eine gemeinschaftliche Bekämpfung Badens einließen, eine Bekämpfung, die, sobald dieses Baden niedergetreten wäre, ohne allen Zweifel dieselben Waffen gegen andere Reichsgebiete und auch gegen Württemberg kehren würde.

Wir haben deshalb der Regierung kürzlich anzuführen versucht, entweder die zu otkroyirende Verfassung Preußens geradezu anzuerkennen, oder Das zu thun, was schlechterdings notwendig ist, wenn man die otkroyirte Verfassung nicht anerkennen und man auf dem bis jetzt eingeschlagenen Wege fortwandeln will. Es ist Dies ein Schutz- und Trugbündniß der einzelnen Reichsgebiete, die sich der Reichsverfassung unbedingt unterworfen haben. Man wird uns entgegenhalten, die württembergische Regierung könne mit der gegenwärtigen badischen Regierung in keine diplomatischen Verhältnisse treten. Ich halte aber diesen Grund nicht für stichhaltig. Wenn ich an einem Fluß vorübergehe und es ruft ein dem Ertrinken naher meine Hilfe an, so frage ich ihn nicht erst: Hast du das Recht gehabt, in diesem Wasser zu baden? In solcher Lage befindet sich in diesem Augenblicke Baden. Ich lasse dahin gestellt seyn, ob die badische Schilderhebung einen republikanischen Charakter hat oder nicht. Wenn ich das Gegentheil versicherte, so habe ich die Erfahrung in diesem Saale gemacht, daß man mir doch nicht glaubte. Wenn sie aber auch eine republikanische Tendenz hätte, so würde, glaube ich, unsere Regierung, wenn sie aus diesem Grunde ein Bündniß mit Baden von sich stieße, sich dem gerechten Vorwurf aussetzen, sie handle dynastisch und nicht patriotisch, sie vergesse über dem Interesse der Legitimität, die im Nachbarstaat als gefährdet erscheint, ihre große Aufgabe für das deutsche Vaterland, sie vergesse das eigene Interesse von Württemberg. Wenn der umgekehrte Weg eingeschlagen würde — und ich zweifle nicht daran, daß sich Baden mit der württembergischen Regierung hinsichtlich seiner innern Politik in eine Verständigung einließe, die auch der dynastischen Skrupulosität unseres Ministeriums vollkommen Genugthuung zu verschaffen geeignet wäre — wenn, zunächst Württemberg und Baden in einem Schutz- und Trugbündniß gerüht bis an die Zähne für die Reichsverfassung daständen, so wären wir nicht schwach gegen Preußen. Hiedurch würde auch nach meiner Ueberzeugung die Volkspartei in Bayern eine Stütze erhalten von einer Kraft und einer Tragweite, daß es am

Ende auch in Bayern dazu käme, daß die Krone sich unter den Volkswillen beugen und die Reichsverfassung anerkennen würde, wie bei uns, und dann stünde Südwest-Deutschland schon imposant dar. Ein solches Bündniß würde aber auch die in diesem Augenblick niedergedrückten Springsfedern Sachsens schnell wieder emporrichten; der Rhein und Alles, was zwischen dem Rhein und Sachsen liegt, könnte nicht verfehlen, uns zuzufallen, und das Werk der deutschen Reichsverfassung wäre, wie ich hoffe, gerettet. Das Verdienst, es gerettet zu haben, wäre das von Württemberg, das in der Anerkennung der Reichsverfassung vorangegangen ist. — Ihre Schwäche, meine Herren, liegt nicht in dem Mangel an Hilfsmitteln, sie liegt in Ihrer eigenen Brust. Nehmen Sie ein Exempel an der Impotenz der Gagern'schen Politik. Sehen Sie, wozu es in Deutschland geführt hat, bloß mit Ziffern zu rechnen, für Fürstengewalt nur Armeen in die Bilanz zu nehmen und den Pöbel, wie der Chef des Justizdepartements gestern noch das Volk genannt hat, von sich zu stoßen. Appelliren Sie an diesen Pöbel. Vergessen Sie in diesem Augenblick den Zwiespalt, den das Prinzip der Legitimität, den das Interesse der Dynastien in das Lager der Reichsgebiete wirft. Bewaffnen Sie diesen Pöbel bis auf den letzten Mann; gehen Sie zusammen mit Baden, der Rheinpfalz und dem Rhein, und es wird nicht bei einer fruchtlosen Anerkennung der Reichsverfassung bleiben, sondern Sie werden den unsterblichen Ruhm ernten, die Reichsverfassung durchgeführt zu haben. So weit die politische Seite der Sache, und nun füge ich meiner ersten Frage noch die zweite bei, ob es wahr ist, daß das württembergische Truppenkorps die Bestimmung habe, im Vereine mit Preußen, Hessen und Bayern, so bald die Umstände es gestatten, in Baden einzudringen?

Die Antwort des Staatsrath Römer wiederholt die oft gegebene Erklärung, daß die in und um Pforzheim auf Befehl des Reichsministeriums (!) versammelten württembergischen Korps nur zum Schutz der Gränze da seyen, daß aber Württemberg keineswegs in Baden zu interveniren gesonnen sey. (Freilich, weil General Miller's Truppen erklärt haben, nicht vorzurücken!) Es stünden auch im Ganzen höchstens 7000 M. an den betreffenden Punkten aufgestellt. Dagegen habe Baden schon Würtbergs Neutralität verlegt, indem in Heidelberg mehrere Häuser voll Uniformen zurückgehalten wurden, welche für das mit den Hessen an der badischen Gränze vereinigte die Infanterieregiment bestimmt waren. Nach einem solchen Verfahren meint Hr. R. uns keine besondern Rücksichten mehr schuldig zu seyn. Der Auffassungsweise Becher's, welcher die Verbindung Würtbergs mit den übrigen freibüchenden Stämmen Deutschlands verlangt, zollt der eitle März-Minister auch keinen besondern Beifall; er lobt Hr. B's gutes Herz bei dieser Gelegenheit und vindicirt sich selber dagegen die höhere Auffassung des klaren Verstandes. Er glaubt nicht an den Sieg der guten Sache, er wittert — Republik bei uns, und zitiert zu dem Behuf vielfach die Karlsruher Zeitung, besonders unsere Artikel für eine französische Allianz. Hr. B. beweist auf das glänzendste in dieser Rede, daß er trotz der Schmeicheleien seiner politischen Freunde und seines eigenen Selbstlobes nun und nimmermehr für einen Staatsmann gelten kann. Er sieht also nicht einmal ein, daß das abstrakte Festhalten an der papiernen Reichsverfassung und der verrätherischen Zentralgewalt, (der er sich fügt, weil zur Zeit noch kein anderes Oberhaupt — und ein solches braucht er ja doch so nöthig, seiner württembergischen Opposition gegenüber! — gefunden ist, obgleich ein solches in München gesucht werde!) ihn der russisch-preussischen Allianz wehrlos in die Arme liefert, während das revolutionäre Begründen der Volkseinheit, wie es in Baden versucht wird, allein das deutsche Volk vor den Kosacken und vor der Felonie eben derjenigen Kabinette erretten kann, welche wie das des Hr. Römer, sich der Reichsverfassung zu unterwerfen erklären, weil sie fest überzeugt sind, daß aus dem preussisch-deutschen Reiche Nichts wird. Travailler pour le roi de Prusse! Für den König von Preußen lassen wir uns freilich nicht todtschlagen, und eben so wenig für irgend einen andern König, aber, Herr Römer, auch von den Franzosen lassen wir uns nicht erobern! — Wenn wir stark genug sind, dem Verrath im Innern zu händigen, so werden wir auch dem äußern Feinde die Spitze bieten können, und zwar gerade nur als freie Völker. Sie zitierten die 90er Jahre, edler März-Minister! Aber Sie vergessen ganz und gar, daß damals unsere Fürsten den Vernichtungskampf begonnen haben, um dann unsere Länder in Separat-Friedensschlüssen zu verrathen und zu verkaufen. Gerade Dem wollen wir jetzt vorbeugen! Wir können die in Ihren Reden neu aufgelegte Franzosenfresserei Ihres Freundes Wolfgang Menzel nicht mehr gebrauchen, aber wir fürchten sie auch nicht mehr. Unsere Bürger und Bauern wissen längst, warum Mathy den Fidler verhaftet hat, sie wissen, daß es sich bei den Franzosenfressern und bei den Schreibern über Landesverrath nimmermehr um des Vaterlandes Größe und Glück handelt, sondern einzig und allein um die Allmacht der Kabinette. Wenn die Fürsten mit Rußland konspiriren, Schleswig preisgeben, den Kosacken die schönsten Provinzen eröffnen, wenn das Parlament, das Posen, Limburg oder Wälsch-Tyrol aus Patriotismus nicht fahren lassen wollte, einige Monate später ganz Desterreich ausstiege, — dann wissen wir, woran wir sind! Ihr zieht mit den Russen zu Felde, wir verbänden uns mit den Franzosen, d. h. nicht mit dem offiziellen Frankreich des Louis Napoleon (das ist Euer Verbündeter!) nein mit dem demokratischen Frankreich, das nicht erobern will, das z. B. Savoyen hätte nehmen können und es nicht genommen hat, (vor der Wahl Napoleons) — mit dem Frankreich, welches in wenigen Wochen wieder am Ruder seyn wird. Dieses Frankreich wird nicht erobern können, weil es innere soziale Probleme zu lösen hat, und wir werden uns nicht erobern lassen!

Hr. Römer verlangt, daß wir die Revolution nur in iustitium der Zentralgewalt machen, als ob er nicht wüßte, daß die Zentralgewalt schon lange gegen die Reichsverfassung konspirirt; ist Hr. Römer, der große württembergische Minister, so unwissend oder so unredlich, Das zu verschweigen? Jedenfalls beweist er auch hier wieder, wie durch sein ganzes Leben, daß er nur die unfruchtbarere Opposition der Rechtsphrasen zu machen versteht, daß er wohl zum Minister taugen mag, aber nicht zum Hort des Volks und der Gerechtigkeit. Hr. Römer betrügt und belügt das deutsche Volk, ja, er betrügt sich selbst mit seinen Phrasen. Uns aber kann er nicht mehr belügen!

† Karlsruhe, 26. Mai. Die Revolution Ungarns muß unseren deutschen Revolutionen als hellleuchtendes Vorbild dienen. — Die glänzenden Kriegsthaten des ungarischen Volkes, die unermesslichen Opfer, welche jeder Bürger des Landes freiwillig darbringt, sind es nicht allein, welche ihm die Achtung der ganzen zivilisirten Welt erwerben. Nicht minder groß steht dies Land da durch die inmitten seiner Revolution wohl organisirte Finanzverwaltung. —

Durch Kossuth's eben so fühne als wohlberachete Maßregeln ist es möglich geworden, daß es dort niemals an den nöthigen Mitteln zur energischen Kriegsführung fehlt, daß die ungarische Heere stets wohl gekleidet und gut genährt sind, daß sie nie, selbst im feindlichen Lande, in die Nothwendigkeit versetzt werden, zu marodiren. — Und welche Maßregeln waren es denn, die diese ungeheuren Summen in einem Lande hervor zauberten, das durch eine langjährige despotische Regierung ausgezehrt ist, das, wenn auch an Bodenprodukten reich, doch an Geldmitteln überaus arm ist.

Es ist Nichts, als das feste Vertrauen, welches die gesammte ungarische Nation auf den glücklichen Ausgang ihres gerechten Kampfes gegen die Despotie Oesterreichs hat. Gestützt auf dieses Vertrauen, emittirte Kossuth ungarische Banknoten, fundirt auf die Ländereien aller abtrünnigen und davon gelaufenen Vaterlandsverräther. Niemand trug Bedenken, diese Noten statt baarem Gelde anzunehmen, weil Niemand auch nur die Möglichkeit einer Gefährdung seines Vermögens in dieser Maßregel erblickte.

Wenige Wochen nur vergingen, und die Noten der ungarischen Insubordination brachen sich Bahn in das feindliche Lager; trotz aller Verbote der österreichischen Regierung kursirten diese Noten in den österreichischen Provinzen, — ja man nimmt sie dort lieber selbst zu höheren Kursen an, als die einheimischen kaiserlichen.

Wir glauben, daß auch die Revolution in Baden in diesem Augenblicke bereits stark genug ist, um von den Bewohnern des Landes ein gleiches Vertrauen, wie Kossuth von den Ungarn fordern zu können.

* Karlsruhe, 26. Mai. Vorgeftern Abend rückte ohne Wissen und Willen der Behörden das Regiment Großherzog-Dräger hier an, welches nach Rastatt kommandirt war. Diese Insubordination erregte, in Verbindung damit, daß die Soldaten ihre Führer noch nicht gewählt und die Reichsverfassung wie die Unterordnung unter die bestehende Regierung noch nicht beschworen hatten, Mißtrauen. Am Morgen desselben Tages hörte man von verschiedenen Seiten schon von Putsch und Unruhen reden, durch welche einige mit der neuen Ordnung der Dinge unzufriedene Hoflieferanten und andere Anhänger der früheren gottbegnadeten Wirthschaft ihre Sehnsucht nach der preussisch-bekanntlichen Standrechtsregierung kund geben wollten. Ein Zusammenhang zwischen diesen Putschgerüchten und der Insubordination der Dräger mußte dem Unbefangenen deutlich werden; deshalb trafen die Zivil- und Militärbehörden alle Anstalten, einem in jedem Falle erfolglosen Blutvergießen vorzubeugen. Die Bürgerwehr und die zahlreichen Freischaren waren die Nacht hindurch theils auf der Wache, theils in den Kasernen konfignirt, Munition wurde ausgezählt, und die Verbindung zwischen den einzelnen Bataillon durch Bedetten unterhalten. Am andern Morgen gegen 4 Uhr wurden sämmtliche Offiziere des Regiments, welche die ganze Nacht hindurch schon bewacht waren, theils um die Stadt vor Verrätherie, theils um die Offiziere vor der Volkswuth zu schützen, verhaftet, und späterhin die Soldaten auf den mit Freischaren hinlänglich besetzten Marktplatz geführt. Hier hielt Bürger Hoff eine den Umständen angemessene Rede an die Soldaten, und forderte sie zur Eidesleistung auf. Die Bereitwilligkeit, ja die Begeisterung, mit welcher die Soldaten diesem Verlangen nachkamen, bewies, daß sie der Verrätherie ihrer Offiziere fremd waren, und die brave Gesinnung der andern badischen Soldaten theilten. Die Offiziere wurden darauf im Ständehause verhört, und das Ergebnis dieses Verhörs war, daß sie sofort unter starker Eskorte nach Rastatt geführt wurden, wo sie jetzt die früheren Wohnungen Struve's und seiner Ledensgenossen in näheren Augenschein nehmen können. Dieses Beispiel von Entschiedenheit und Entschlossenheit des Landesauschusses ist von allen Freunden der neuen Ordnung mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Es beweist, daß die Regierung erkannt hat, daß jede Schonung der contrerevolutionären Personen eine Begünstigung der Contrerevolution selbst ist, und daß man, will man diese nicht, auch zu jener sich nicht durch eine übelverstandene Humanität hinreißen lassen darf.

Wir sehen aus diesem, wie aus hundert andern Fällen, daß die weggelaufene volkverrätherische Regierung unablässig wühlt und intrigirt, um durch eine Entzweiung der Bevölkerung die preussische Kroatenerbschaft möglich zu machen. Daß ihr dieses nicht gelingen wird, dafür bürgt der brave Sinn und die Volkstüchtigkeit des Militärs und die Tapferkeit der wohlgerüsteten Freischaren, die immer und namentlich in der Nacht vom 24. zum 25. eine seltene und rühmensewerthe Ausdauer gezeigt haben.

* Karlsruhe, 26. Mai. Vorgeftern traf unerwartet eine Abteilung des Dragonerregiments „Großherzog“ unter Anführung der Rittmeister v. Glaubig und v. Freydorf aus dem Oberlande hier ein, obgleich dieselbe unterwegs Befehl

vom Kriegsministerium erhalten, sich bis auf Weiteres nach Rastatt zu versetzen. Unter dem Vorwande, daß dem Dragonerregiment „Großherzog“ von Seiten des Zivil- und Militärkommissärs des Oberheintreffes die Zusicherung erteilt worden sey, in keine andere Stadt als nach Karlsruhe in Garnison gelegt zu werden, zeigten sich die Kommandirenden der Abteilung ungerathen gegen den Befehl des Kriegsministeriums und führten dieselbe eigenmächtig hierher. Dieses Benehmen war in Verbindung mit einzelnen Neben Umständen auffallend genug, um dem Verdacht einer feindseligen Absicht nur allzugroße Wahrscheinlichkeit zu verleihen, und der gegenwärtigen Regierung in Betracht des Ernstes unserer jetzigen Zeitverhältnisse um so dringender die Verpflichtung zur Anordnung einer sofortigen strengen Untersuchung aufzuerlegen. Der Landesauschuss beschloß demnach gestern, die Rittmeister v. Glaubig und v. Freydorf, so wie die Oberlieutenants v. Menzingen und Witt und die Lieutenants v. Menzingen, v. Hornstein und v. Stöckern verhaften und nach kurzem Verhör unter Begleitung zweier außerordentlichen Kommissäre nach Rastatt abzuführen zu lassen, wo die Untersuchung gegen sie bereits eingeleitet ist. Die hier eingerückten Soldaten des Dragonerregiments „Großherzog“ sind, wie bereits gemeldet, seit gestern freigegeben und vom besenen Geiste befreit. Gegen die Offiziere that sich bei den Rastatter Soldaten eine ungeheure Erbitterung kund, so daß sie des Schutzes bedurften.

* Karlsruhe, 26. Mai. So eben geht uns nachstehendes offene Schreiben zur Veröffentlichung zu:

An den Oberstaatsanwalt Sethe in Berlin.
Geehrter Herr! Die königliche und andere Zeitungen theilen die Nachricht, daß von Seiten der preussischen Polizei auf mich gefahndet werde. Für den Fall, daß diese Nachricht begründet ist, zeige ich Ihnen hiermit an: „daß ich mich dieser Zeit in Frankfurt a. M. aufhalte, und sobald ich meiner Pflicht als Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung genügt habe, nach Preußen zurückkehren werde.“
Frankfurt, am 25. Mai 1849.

Dr. Jacoby aus Königsberg in Ostpreußen.

○ Vörrach. Da haben wir einmal wieder einen Beweis, wie die frühere Regierung, deren System bloß auf Fraubawerwirtschaft oder Bestechung gegründet war, mit Austheilung von Stellen zu Werke ging.

Das Expeditionsgeschäft in Efringen wurde dem Bruder des Staatsraths Mathy übergeben, weil er angeblich die besten und wohlfeilsten Konditionen gemacht habe. Dieser Mathy nun ging vor wenigen Tagen durch, und es fehlte eine Sendung von 10,600 fl., welche nach Basel bestimmt war. — Es waren zu jenem Geschäft der Expedition viele Konkurrenten. Man wollte aber ein Monopol, und dieses machte sich die Regierung an, und gab es dem sauberen Mathy.

Zur Untersuchung des Thalbestandes reiste der Oberpost-Rath Zimmer in Begleitung eines Sekretärs nach Efringen. Wozu nun diese Kommission? Wozu ein Post-Rath und ein Sekretär? Kam der Herr Post-Rath die Aufnahme des Thalbestandes, die höchstens einen halben Tag kosten dürfte, nicht selbst schreiben? — Bedenkt er nicht die unnöthigen Kosten, da er doch sonst die gerechten Forderungen mit patriotischer Sparsamkeit zurückweisen konnte?

○ Mannheim, 25. Mai. Die Bewegung breitet sich aus. Vom 35. preussischen Regiment sind einige Truppen mit Waffen und Gepäck übergezogen. Ein preussischer Helm blinkte mir auf der Wache in Ludwigsbafem entgegen. Es leben unsere Brüder in der preussischen Armee, die zum Volke stehen! Die 35er sind deswegen verlegt, und Mainz hat einen Garnisonwechsel erfahren. Mainz ist schwach besetzt. Mikroskopi ist in Speyer angekommen. Es sind viele tüchtige preussische Offiziere dort. Die Armee bildet sich, das Selbstvertrauen des Volkes hebt sich. Von der heftigen Gränze ebenfalls gute Nachrichten. Die Hessen sind getheilt und die Volksbewegung hat Eingang gefunden. Der Obenwald wirkt herab auf die Ebene. In Eifenach ließ man die Preußen nicht passieren; Alles sürzte zu den Russen und die Behörden erklärten den Preußen, sie würden in jedem Kinde einen Feind und in jedem Hause eine Festung finden. Das Korps der Feinde wändte sich daher nach einer andern Richtung. In ganz Hessen, von Bach bis Gellenhausen, kommt der Landsturm zusammen gegen die Preußen. In Kassel und Hanau ist die nämliche Stimmung. Die Henker Deutschlands sind überall in feindlichem Lande, und ihre eigenen Angehörigen wünschen ihnen den Untergang. Der Plan ist, die Preußen auf die Pfalz, und die Bayern auf Baden zu hegen. Er wird und muß scheitern an der einmüthigen Abwehr des ganzen freien Theils von Deutschland gegen die russisch-österreichischen Bluthunde. Dresden soll ihnen vergolten werden. Das Blut der Kinder und Frauen, die erwürgt, und der Wehrlosen, die sie gemeuchelt, schreit um Rache. Jedes Bajonett sollen sie geschliffen finden, und Hunderttausende brennen auf den Augenblick des ersten Kampfes. Rache für Deutschland! Tod den Russen und ihren preussischen Schergen!

○ Weinheim, 25. Mai. Ueber das Geseft, welches vorgestern Abend bei Oberlautenbach zwischen heftigen Bauern und heftiger Linie stattfand, sind die übertriebenen Gerüchte im Umlauf. Der Sachverhalt ist folgender:

Nachdem Tags zuvor auf einer Volksversammlung in Erbach eine Deputation nach Darmstadt abgesandt worden war, um die dort gestellten Forderungen dem Großherzog zur Genehmigung vorzulegen, fand vorgestern Nachmittag wie ebenfalls beschlossen worden, eine zweite Volksversammlung zur Entgegennahme der künftigen Antwort in Oberlautenbach statt. Dieselbe war von mehr als 2000 Männern besucht, von welchen etwa 200 bis 300 mit größtentheils schlechten Flinten bewaffnet waren.

Die erwartete Deputation kam nicht zurück, sondern statt

res nach
m Dra
bil- und
rung er
rklärung
omman
befehl des
hier
einzelne
cht einer
zu ver
acht des
ingender
strengen
beschlus
v. Frey
v. Birk
v. Stöck
gleitung
abfahrend
angeleitet
regiments
ern früh
die Offi
angeheuer
tehend
ngen er
daß die
aufhalte
eter zur
nach
reufen.

nen Be
system
ge Werke
Bruder
blich die
Diefer
es feht
bestimm
tion viele
nd dieses
saubern
Oberpost
Efringen
und ein
yme des
n dürfe
nsthigen
igen mit

reitet sich
Truppe
ruffischer
entgegen
die zum
d Mainz
ge besetzt
ele tücht
sich, das
heffischen
cheit und
benwärt
Preußen
Behörden
de einen
sich Korps
Richtung
mmt der
ffel und
Deutsch
eigenen
Plan ist
haben zu
gen diese
men ver
; die fe
breit um
en, und
en Kam
nd ihren

welcher
heffischen
iebenste
er:
ntung in
worden
höfherge
schmitt
versamm
in Ober
Männern
tentheile
eren stän

andern Berliner Korrespondenz der D. V. A. Z. bestätigt, daß Rußland in einer Note gegen das Einrücken preussischer und deutscher Truppen in Jütland protestire, mit einer Kriegserklärung gegen ganz Deutschland drohe, und daß zu dem Zwecke bereits ein Theil der russischen Flotte nach Kopenhagen ausgelaufen sey, um die Dänen zu unterstützen. Preußen hat sogleich den General v. Rauch nach Warschau geschickt, um dem Czar zu betheuern, daß Jütlands Besetzung nur zur Schutzhaltung für die von den Dänen genommenen deutschen Schiffe erfolgt sey. Der Friedensschluß zwischen Preußen und Dänemark wird deshalb wahrscheinlich par ordre Seiner russischen Majestät bald erfolgen.

* Frankfurt, 25. Mai. Heute sind abermals einige Abgeordnete ausgetreten, es sind die H. Oelzer, Böcker, Johannes aus Sachsen, zur Linken gehörig, und Marcus aus Bonn. Der Reichskriegsminister zeigt durch ein Schreiben an, daß er auf die Interpellation von Nagel hin den Oberbefehlshaber der Reichstruppen aufgefordert habe, über die militärische Sachlage Bericht zu erstatten. Hagen theilt hierauf ein Einladungsschreiben der Stadt Heidelberg an die Nationalversammlung mit, worin diese eingeladen wird, falls sie Frankfurt verlassen müsse, ihren Sitz in Heidelberg zu nehmen, wozu ihr die Aula zur Verfügung gestellt werden soll. (Beifall.) Der Präsident gibt hierauf eine übersichtliche Darstellung des Personalbestandes der Nationalversammlung. Es sind 292 Mitglieder noch vorhanden, wovon mehr als ein Drittel abwesend ist. Viele Wahlbezirke sind gar nicht vertreten. Es sind daher die meisten Ausschüsse nicht beschlußfähig, was natürlich für den Geschäftsgang sehr nachtheilig ist. Die Ansicht des Bureau geht dahin, daß man, wie bisher, die Anordnung neuer Wahlen oder die Einberufung von Stellvertretern dem Reichsministerium überlasse, welches sich auch bereit erklärt hat, dieses Geschäft zu besorgen. Welche Erfolge die Wirksamkeit des Ministers bisher hatte, beweist zum Beispiel der Wahlbezirk Mainz, welcher seit dem Austritte von Jig, also schon beinahe 3 Monate, nicht vertreten ist. Simon von Trier beantragt daher, daß das Bureau die Wahlen anordne, daß die Wahlbezirke selbst aufgefordert würden, ihr Wahlrecht auszuüben. Dieser Antrag wurde an den Ausschuss für Geschäftsordnung verwiesen. Titus und Genossen stellen sodann den dringlichen Antrag: In Erwägung, daß die provisorischen Regierungen von Baden und der Pfalz zur Durchführung der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung, welche von der früheren Regierung ganz oder theilweise verweigert worden ist, konstituiert worden sind; in Erwägung, daß die provisorischen Regierungen dieser Länder bisher stets den Beschlüssen und Intentionen der Nationalversammlung gemäß gehandelt haben; in Erwägung, daß diese Regierungen trotzdem von der Centralgewalt offen desavouirt und feindlich bedroht werden, — beschließt die Nationalversammlung, die provisorischen Regierungen von Baden und der Pfalz werden als die obersten gesetzlichen Behörden dieser genannten Länder anerkannt und aufgefordert, auf dem von ihnen bisher betretenen Wege unverrückt fortzuschreiten. Dieser Antrag wurde nicht für dringlich erkannt, nur 8 bis 10 erhoben sich für denselben. Die Herren aus dem Deutschen Hofe sind eben sehr ruheliebende Leute, die jede energische That scheuen. Hr. Bogt selbst ist auf der Tribüne weit entschiedener, als im Leben, und mit seinem Konvente scheint es ihm doch nicht so sehr Ernst gewesen zu seyn. Ein Antrag von Spag, der denselben Gegenstand betrifft, wird an den Dreißigerausschuss verwiesen. Der Antrag lautet: 1) Der Widerspruch der Regierungen deutscher Einzelstaaten gegen die Durchführung der Reichsverfassung ist nichtig und wirkungslos; 2) der Gesamtheit der Staatsbürger solcher Einzelstaaten steht das Recht zu, sich ungeachtet des Widerspruches der Staatsregierung der Reichsverfassung zu unterwerfen; 3) ein gleiches Recht haben die einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke solcher Einzelstaaten, deren Gesamtregierung sich in Reue gegen die Reichsverfassung befindet; 4) die bayerische Rheinpfalz ist gegen etwaige Angriffe verfassungsfeindlicher Regierungen thatsächlich in Schutz zu nehmen. Raumer kündigt nun als Berichterstatter den Bericht über die Proklamation an das deutsche Volk an, und Uhlant, welcher dieselbe verfaßt hat, liest sie vor. Sie ist sehr ruhig und gemäßigt gehalten, und beruht auf dem Grundsatz der Volkssouveränität, in Folge deren die Reichsverfassung aufrecht erhalten, das Wahlgesetz nicht abgeändert, sondern auf Grund desselben der nächste Reichstag gewählt werden soll, und spricht aus, daß die Nationalversammlung ihre Vollmacht nur in die Hände dieses Reichstages niederlegen dürfe. Der Präsident Mehl wollte die Verathung über die Adresse verschieben, allein auf den Antrag von Simon von Trier wurde mit 87 Stimmen gegen 74 beschlossen, sofort die Diskussion zu beginnen. Duff ergibt in einem Vortrage, der viel Heiterkeit erregte, das Wort gegen die Proklamation, weil die Linke allein darin vertreten sey, die Minderheit müsse doch auch vertreten seyn (Gelächter). Duff ließ hierauf einige Pfeile gegen Baden los, wo die Bewegung schon ruiniert sey, weil sie stöcke und eine ungesetzliche sey. Man solle daher jetzt keine so einseitigen Adressen erlassen, sondern auch der Minorität, oder der Minorität, welche noch da sey, auch gestatten, einen amtlichen Aufruf zu erlassen. (Große Heiterkeit.) Welcker brachte nur einen Zusatzantrag ein, daß das deutsche Volk alle fremde Einwirkung, käme sie von Osten oder Westen, zurückweise. Simon von Trier trat gegen diesen Zusatz, welchen die Franzosenfurcht Welcker's hervorgezogen hatte, energisch auf und fragte den Hrn. Bundesratsgesandten, warum er denn nicht gegen das Einrücken der Russen in Deutschland protestirt habe. Wieder man brachte die alte Phrase von Ruhe und Mäßigung wieder vor, und machte, damit keine Ueber-eilung statfinde, den Vorschlag, die Abstimmung auf morgen zu verlegen, was auch sofort angenommen wurde. Simon von Trier erstattet sodann Bericht über den Antrag von Raumer, die Nationalversammlung möge das Anerkennen des Freistaates Frankfurt, sich unter deren Schutz zu stellen, annehmen, und die Militärmacht Frankfurts auf die

Reichsverfassung zu beedigen. Der dringliche Antrag des Ausschusses lautet: Die Nationalversammlung beschließt:

- 1) Die Truppen solcher Staaten, deren Regierungen die Nationalversammlung oder deren Beschlüsse als zu Recht bestehend nicht mehr anerkennen, sind ihrer zweideutigen und schwierigen Stellung durch Vereidigung auf die Reichsverfassung oder Entfernung von dem Gebiete der verfassungstreuen Truppen zu entheben.
- 2) Die Nationalversammlung sieht einer bestimmten Erklärung des Reichsministeriums über die Ausführung dieses Beschlusses bis morgen früh 12 Uhr entgegen.

Nachdem Simon von Trier einige Worte zur Empfehlung dieses wichtigen Antrages, der vielleicht das Schicksal der Nationalversammlung entscheidet, gesprochen hatte, wurde derselbe mit 97 Stimmen gegen 60 angenommen.

Der Antrag von Raumer wurde verworfen und nach Erledigung einiger Urlaubsgesuche die Sitzung geschlossen. Morgen Sitzung um 12 Uhr.

Wird der heutige Beschluß von der Centralgewalt nicht ausgeführt, so verlegt sich die Nationalversammlung vermuthlich nach Stuttgart, dort fände sie noch fruchtbareren Boden zu bebauen, in Baden bedarf man ihrer schon nicht mehr. Leider bestätigt sich das Gerücht von gewissen Unterhandlungen zwischen einer Fraktion der Nationalversammlung und dem Münchener Kabinet wegen Uebernahme der Centralgewalt. — Dumme Diplomaten! —

Berlin, 23. Mai. Man spricht von einem französischen Kurier, welcher hier durch nach Wien gereist, um wider den Einmarsch der Russen in Ungarn zu protestiren; auch will man aus Privatbriefen von einer neuen bedeutenden Niederlage der Oesterreicher durch die Ungarn wissen.

Ungarn.

Folgendes sind die neuesten Nachrichten vom magyarischen Kriegsschauplatz: Mittwoch, den 16. Mai wurde Schlad bei Raab geschlagen, nachdem Tags zuvor, wie nun trotz alles Läugnens der Wiener Standrechtblätter feststeht, Ofen von den Ungarn mit Sturm genommen worden. Das österreichische Heer ist glaubwürdigen Berichten zufolge in erbärmlichsten Zustande, dabei gänzlich demüthigt, ohne alles Vertrauen auf die unfähigen Führer, wogegen die magyarische Armee unter den trefflichen Generalen Bem, Dembinski, Görgey u. A. nach amtlichen Berichten des früheren Kriegsministers Messaros im vorigen Monat bis zu einem Effectivstand von 400,000 Mann geftiegen war.

Gerüchweise erfährt man wieder von einer tüchtigen Schlappe, welche die Russen in Galizien bei Neu-Sandec erhalten haben sollen. Im Süden soll jetzt auch Semlin in die Hände der Ungarn gefallen seyn.

Italien.

Aus Luzern, 17. Mai. Was den letzten Heldenzug der Neapolitaner gegen Sizilien betrifft, so läßt sich diese neue That kurz auf folgende Thatfachen zurückführen. Filangieri hatte sich vollständig, und zwar fürchtbar, gerüstet; eine Schwadron Agenten und Spione hatte als Vortrab den sizilianischen Boden sondirt; Dampfsschiffe, Kanonen und Freischärler waren durch freundschaftliche, republikanische Bemühungen Louis Napoleons den Siziliern konfiszirt worden, und die Siege der Oesterreicher in Italien hatten die Soldaten des Bourbonen — darunter auch die Söhne der Alpen der freien Schweiz — in die gehörige Begeisterung versetzt. Filangieri als Generalissimus zog mit 24,000 Mann disziplinirter Truppen von Messina gegen Catania und gegen 10,000 Sizilianer aus. 18 Dampf- und Kriegsschiffe begleiteten die Truppen auf ihrem Wege an der Meeresküste, um die Flüchtigen bei jeder Schlappe rasch an Bord nehmen zu können. Trotz dieser Uebermacht bediente sich Filangieri einer Kriegslist, fingirte eine Diverfion westlich gegen Palermo, während er bei Anbruch der Nacht in südlicher Richtung aufbrach. Bei Ali stießen königl. Truppen auf heftigen Widerstand, und mehr als ein Neapolitaner blickte seitwärts nach den rettenden Schiffen. Die Verhängerungen von Taormina wurden umgangen, d. h. Filangieri schiffte seine Leute dieffseits ein und setzte sie jenfeits wieder aus. Als die Sizilianer Dies sahen, zogen sie sich natürlich von Taormina gegen Catania zurück. Jetzt erst wurde das verlassene Taormina von 45 Jägern erflürmt, Taormina, das feste, das von 3000 Sizilianern vertheidigte. So rieben Filangieri und die punktirte Null, welche in der A. A. Z. die Eroberung Catanias schildert. Die Wahrheit ist, daß 45 Jäger Taormina einnahmen, welches ein Duzend Frauen mit Steinen und Messern vertheidigte. In dem königlich gestunten Acireale schrieben ein paar „Besigende“: „Eviva il Re!“ Filangieri bog bei Aci der Minen wegen von der Straße ab, und zog eine höher gelegene Aetnastraße gegen Catania, welches schlecht oder gar nicht *) verfehant worden, weil man den Hauptangriff auf Palermo vermuthete. Das offene Catania wurde zwei Tage lang auf das tapferste und heldenmüthigste vertheidigt, ja, die Neapolitaner wurden mit großem Verlust aus der Stadt geworfen, als die Schweizer mit der wohlbekanntesten und gut bezahlten Tapferkeit die Flüchtenden aufhielten und eine Sturmkolonne bildeten, welche — leider schon zum dritten Mal! — dem Bourbonen einen Sieg errang. Filangieri schrieb nun ein monströses Siegesbulletin, welches mit den Worten: „Sacra Maesta“ (heilige Majestät) anfing, und mit dem bekannten „Umilissimo, devotissimo, obbedientissimo Servo“ endigte. Mieroslowski ward verwundet; Augusta, Noto, Syracus ergaben sich theilweise durch Verrath. Mittlerweile waren die neapolitanischen und französischen Agenten in Palermo **) unge-

*) Sogar der Korrespondent der „Times“ (der antipalmerston'schen Times) gibt das zu.

***) England lacht natürlich in die Haue, daß Frankreich alle Sympathien in Italien verfehert.

